



Dr. Carsten Wieland war bis Ende 2008 Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien.

## ZEHN THESEN ÜBER DEN WANDEL DES KONFLIKTS IN KOLUMBIEN

*Carsten Wieland*

Der Konflikt in Kolumbien ist im Wandel und nimmt eine neue Qualität an. Der folgende Artikel beleuchtet Argumente für diese Behauptung und führt darüber hinaus einige Schlüssel-Beobachtungen an über die Natur der Konfliktsszenarien in Kolumbien und definiert Termini (wie „Konflikt“ und „Postkonflikt“) auf einer akademischen Ebene, um zu vermeiden, mit diesen Begriffen in die politisch polarisierte Diskussion hineinzugeraten, die dieses Land prägt. Weitere Aspekte dieses Artikels berühren die stürmische Nachbarschaft, in der sich die Konflikte in Kolumbien derzeit entwickeln, welche zu definieren sind. Im Folgenden sollen zehn Thesen angeboten werden, um die aktuellen Entwicklungen in Kolumbien besser zu verstehen:

**I. These:** Der Konflikt in Kolumbien ist nicht zu Ende und ist nicht im Begriff zu enden, aber es ist ein Konflikt, der eine neue Qualität annimmt.

Diese These versucht einen Mittelweg zu finden zwischen den Positionen derjenigen, die behaupten, der Konflikt sei praktisch beendet und denjenigen, die erklären, es habe sich seit dem Jahr 2002 nicht viel geändert.

In welchem Sinne hat der Konflikt also seine Qualität verändert? Kolumbien erlebt derzeit die Endphase des *klassischen Konflikts* mit drei Akteuren: 1) Ein traditionell schwacher

Staat im politischen und militärischen Sinne, dessen staatlichen Institutionen sehr wenig Vertrauen aus der Bevölkerung entgegengebracht wurde, 2) Guerilla-Gruppen, besonders die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC), und 3) Paramilitärs, die sich in der Dachorganisation Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens (AUC) zusammen geschlossen hatten. Beide letzteren leiteten ihre Legitimität von der Existenz des jeweils anderen ab. Dies beinhaltete Projekte mit politischen Zielen in nationaler Dimension: das Projekt der FARC, die sozio-politische Ordnung des Landes abzuschaffen, und das Projekt der AUC, diese Strukturen zu erhalten mit dem Vorwand, das Vakuum zu füllen, das der erste Akteur zurückgelassen hat, nämlich der schwache Staat.

Seit dem Jahr 2008 – das man als symbolisches Datum wählen kann – als der Prozess einer deutlichen politisch-militärischen Erosion der FARC im Tod von drei Schlüsselkiguren der sieben Mitglieder des Sekretariats der Gruppe gipfelte, inklusive ihres historischen Anführers alias Manuel Marulanda, als die Befreiung der wichtigsten politischen Geiseln gelang, darunter Ingrid Betancourt, und als auf der anderen Seite die Mehrheit der AUC im Rahmen des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden (Ley Justicia y Paz von 2005) demobilisiert worden ist, besteht der kolumbianische Konflikt nicht mehr aus drei, sondern aus zwei Akteuren: Ein Staat, der größeres Vertrauen genießt, nicht nur auf militärischer Ebene, sondern auch mit Blick auf seine politische Führung, seine Institutionen wie Polizei, Justiz und Medien, und auf seinen Präsidenten, was sich in beeindruckenden Umfragewerten widerspiegelt. Als zweiten Akteur des Konflikts kann man die Vielzahl verschiedener Gruppen definieren, die sich als Verbrecher, Kriminelle, Drogenhändler oder Terroristen bezeichnen lassen und die sich untereinander nicht mehr großartig unterscheiden.

Das neue Element besteht darin, dass keine dieser Gruppen eine wahrhaftige politische Plattform besitzt. Die FARC mögen noch auf ihrer Website einige ideologische Erklärungen stehen haben, aber wie man weiß, haben sie weder in den wenigen Zonen, die sie noch kontrollieren, ein ideologisches oder politisches Konzept erkennen lassen, noch ist sicher, ob die FARC überhaupt noch über eine ausreichende Kohärenz verfügen, um politisch zu handeln oder diplomatische Verhandlungen zu führen. Zudem muss man fragen, ob die FARC überhaupt noch fähig oder willens sind, politische Forderun-

**Der Konflikt, unter dem Kolumbien leidet, ist komplex, aber er wandelt sich. Zehn Thesen wollen sein Verständnis erleichtern: Von neuer Konfliktqualität ist die Rede und vom Postkonflikt, von den Möglichkeiten, die die Demobilisierung von FARC und Paramilitärs eröffnet, von der Bipolarität, die Tripolarität abgelöst hat. Es geht um den Strategiewechsel Präsident Uribes im Kampf gegen die Guerilla, um das neue Ansehen des Landes, um dessen sich stabilisierende Demokratie. Und es geht um den Konflikt mit den Nachbarn, der Kolumbien in dem Moment ereilt, in dem sich der Erfolg gegen die FARC einstellt. Das Fehlen von Konfliktmechanismen in der Region wird ebenso thematisiert wie die Kluft, die sich in Lateinamerika zwischen linken und rechten Regierungen auftut, aber auch zwischen demokratischen Staaten und populistischen Regimen. Das Land und die Region sind im Wandel begriffen. Und die Aufgaben, denen sich Kolumbien zu stellen hat, sind beachtlich. Beachtlich ist aber auch das Ansehen, das man sich erworben hat bei der Aufarbeitung eines Konflikts, der nicht zu Ende ist, dessen Überwindung heute aber möglich erscheint.**

gen aufzustellen. Sie hatten die Möglichkeit, sich politisch zu artikulieren während der Friedensverhandlungen mit der Regierung Andrés Pastrana (1998-2002). Diese haben sie nicht genutzt, obwohl sie damals eine machtvolle und viel kohärentere Organisation waren als heute.

Durch die signifikante Schwächung der FARC verschwindet die selbst definierte Legitimierung der klassischen Paramilitärs, wie sie Kolumbien seit zwei Jahrzehnten gekannt hat. Heute bestehen regionale Abkommen zwischen tendenziell allen Gruppen, eingeschlossen den FARC, Drogenhändlern und neuen paramilitärischen Gruppen, die wirtschaftliche Ziele teilen wie das Sichern der Handelswege von Drogen und anderen illegalen Gütern. Die mögliche Einflussnahme auf regionale oder lokale Politik mit gewaltsaufwendigen Mitteln geschieht aufgrund dieses ökonomischen Interesses und nicht aufgrund eines nationalen ideologischen Konzepts.

Als es im klassischen Konflikt die komplexe Konstellation von drei Akteuren gab, war es notwendig, die Verhandlungen zunächst mit einer Seite zu beginnen, um neue Dynamik in einen Friedensprozess zu bringen. Präsident Pastrana hatte es mit den FARC versucht. Präsident Álvaro Uribe hat mit den Paramilitärs begonnen, denen er genügend Vertrauen abringen konnte, um in einen Friedensprozess einzutreten, der bisher insgesamt erfolgreich verlaufen ist. Selbstverständlich gibt es kolaterale Defizite, die normal sind, wenn es sich um einen Konflikt von dieser Größenordnung handelt, von solcher Komplexität und mit solch hohen Zahlen von betroffenen Personen. Bis Ende 2008 haben sich mehr als 35 000 Mitglieder der klassischen Paramilitärs demobilisiert und fast 15 000 Guerilleros, von denen 10 356 zwischen 2001 und 2008 von den FARC desertierten, laut Angaben des kolumbianischen Verteidigungsministeriums.

Die kolumbianische Regierung sah sich einer äußerst schwierigen Entscheidung gegenüber, als sie den Demobilisierungsprozess mit dem Gesetz Gerechtigkeit und Frieden begann, welches *kein* Gesetz der Straffreiheit ist, wie viele Kritiker Glauben machen wollen. Die Entscheidung wurde zwischen zwei Polen getroffen: Die extremen Pole bestanden aus einem pragmatischen Minimalismus und einem juristischen Maximalismus.

**Die Entscheidung wurde zwischen zwei Polen getroffen: Die extremen Pole bestanden aus einem pragmatischen Minimalismus und einem juristischen Maximalismus.**

Die Entscheidung wurde zwischen zwei Polen getroffen: Die extremen Pole bestanden aus einem pragmatischen Minimalismus und einem juristischen Maximalismus. Der pragmatische Minimalismus hätte Straffreiheit bedeutet, und der Schwerpunkt

wäre eindeutig bei der Tatsache der Entwaffnung gelegen verbunden mit der persönlichen Freiheit der ehemaligen Kämpfer. Der juristische Maximalismus hätte im Gegenteil eine Entwaffnung bedeutet ohne jegliche Konzessionen an die Kämpfer, die als einzige Aussicht gehabt hätten, ein Leben lang im Gefängnis zu verbringen, ob sie mit der Justiz zusammenarbeiten oder nicht. Das hätte den Prozess offensichtlich zu Fall gebracht und noch mehr Opfer in der Zukunft bedeutet.

Im Vergleich zur Situation in Südafrika in den Jahren nach der Beendigung des Apartheid-Regimes 1994 wurde dort in der Tat Straffreiheit zugelassen ohne Bedingungen eines Gesetzes ähnlich des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden in Kolumbien. Aber im Unterschied zu Kolumbien bestand in Südafrika eine moralische Autorität in Form der Versöhnungskommission unter Erzbischof Desmond Tutu. Dies war eine Versöhnung der Täter mit der Bevölkerung, und die Mehrheit der Opfer war damit einverstanden. Folglich liegen die Lösungsansätze für den kolumbianischen Konflikt irgendwo zwischen dem pragmatischen Minimalismus und dem juristischen Maximalismus.

Ebenfalls neu an dem Konflikt ist die massive Beteiligung der Zivilgesellschaft, die sich in Straßenmärschen mehrfach gegen die Gewalt ausgesprochen hat, wie in den Massendemonstrationen im Februar, März und Juli dieses Jahres. Das waren die bisher größten Demonstrationen gegen Gewalt in der kolumbianischen Geschichte. Die Guerilleros und in zunehmender Form die Paramilitärs haben fast den gesamten Rückhalt in der Bevölkerung verloren.

In der Tat kann die Teilnahme der Zivilgesellschaft zur Gefahr für deren Anführer werden in einem Land wie Kolumbien, das derart polarisiert ist. Diese Polarisierung ist ein eigenständiges Merkmal des klassischen Konflikts, wie die Stigmatisierung von Andersdenkenden. Daher ist eine wichtige Bedingung auch die Beendigung dieser Polarisierung, um vollständig den klassischen Konflikt zu beenden.

**II. These:** Mehrere Gründe rechtfertigen, von der Phase eines Postkonflikts in Kolumbien zu sprechen. Aber es muss differenziert werden: Wenn wir von Postkonflikt reden, dann bezieht sich das auf den *klassischen Konflikt*, wie er oben definiert wurde.

**III. These:** Mit dem militärischen Erfolg gegen die Guerilla sowie mit der Demobilisierung und Delegitimation der klassischen Paramilitärs hat das Land politischen Raum gewonnen, um über andere Themen zu diskutieren, die teilweise den Hintergrund des Konflikts bilden wie die soziale Kluft, der Kampf gegen die Armut, das Gesundheitssystem und das Vertrauen von Investoren. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Gewalt heute nicht mehr die Sorge Nummer eins der Kolumbianer ist. Soziale Themen stellen heute die größten Sorgen, während die Gewalt etwa auf den dritten Platz zurückgefallen ist. Daher werden auch soziale Themen im Präsidentschaftswahlkampf 2010 von höchster Bedeutung sein – und genau dies macht einen Postkonflikt-Diskurs aus.

**Es muss unterstrichen werden, dass verschiedene Parteien von links bis rechts über die Konzepte zur Lösung der sozialen Frage debattieren.**

Es muss unterstrichen werden, dass verschiedene Parteien von links bis rechts über die Konzepte zur Lösung der sozialen Frage debattieren. Es ist kein hermetisch abgeschlossenes politisches System mehr wie vor der Verfassung von 1991. Durch die kolumbianische Demokratie geht ein frischer Wind mit einer Vielzahl friedlicher politischer Alternativen. Niemand muss sich mehr einer Guerilla-Gruppe anschließen mit dem Vorwand, eine linke politische Alternative zu suchen.

Heute besteht der Polo Democrático Alternativo, und ehemalige Guerilleros haben politische Karrieren gemacht, wie beispielsweise der Gouverneur von Nariño, Antonio Navarro Wolf, und andere Intellektuelle mit diversen Biografien und Ideologien. Es ist nicht mehr das frühere politische Umfeld, in dem sich Mitglieder der Guerilla-Gruppe M-19 demobilisierten und anschließend von Paramilitärs ermordet wurden. Das Kolumbien von heute ist immer noch keine ideale Demokratie, aber ein Land, in dem sich alle Positionen in einem legalen politischen Rahmen artikulieren können.

**IV. These:** Wenn man von dem neuen Konfliktzenario mit zwei Akteuren ausgeht – einem stärkeren Staat und diversen gewalttätigen und illegalen Gruppen – kann man von einer „Normalisierung“ des kolumbianischen Konflikts sprechen.

Das bedeutet nicht, dass die Lage normal ist im normativen Sinn, d.h. positiv wie man es sich in einer friedlichen Gesellschaft und Politik wünschen würde. Sondern es bedeutet lediglich die Beschreibung der Konfliktstruktur. Ein Konflikt mit

den beschriebenen Phänomenen existiert auch in anderen lateinamerikanischen Ländern und weltweit, wie in Mexiko, Brasilien oder Guatemala. Kolumbien ist kein Land mehr mit einem einzigartigen Konflikt.

**V. These:** Der Post-Konflikt-Prozess hat eine Eigendynamik entwickelt.

Es besteht die grundsätzliche Kritik, das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden sei lediglich für die Paramilitärs verabschiedet worden. Dazu muss man aus heutiger Sicht ergänzen, dass die Regierung im März 2008 verlauten ließ, dass dieses Gesetz nun auch für Mitglieder der FARC gilt, die ihre Waffen abgeben wollen. Darüber hinaus besteht die Kritik, dass das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden von Parlamentariern verabschiedet wurde, die selbst Verbindungen zu Paramilitärs hatten. Auch wenn dies der Fall war, muss man einräumen, dass gerade durch das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden die Demobilisierten zur Zusammenarbeit mit der Justiz verpflichtet wurden und dazu, die Wahrheit zu sagen, und dass dadurch gegen eine Vielzahl von Politikern rechtliche Verfahren angestrengt worden sind (so genannter Parapolitik-Skandal).

Präsident Uribe hat zwei Mal, sein Wort gegenüber den Paramilitärs gebrochen. Zum ersten Mal als er die Anführer der AUC ins Hochsicherheitsgefängnis von Itagüí verlegen ließ, und zum zweiten Mal, als er 13 der führenden Köpfe in die USA ausweisen ließ, die sich im Prozess des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden befanden, aber nicht ausreichend mit der Justiz kooperierten. Mit der Ausweisung verlieren die Demobilisierten die Option einer reduzierten Strafe von maximal acht Jahren, was die Grundlage dargestellt hatte, um die Kämpfer zur Abgabe der Waffen zu überreden.

Angesichts dieser Eigendynamik kann nicht mehr behauptet werden, die Regierung bevorzugt einseitig die Paramilitärs, zumindest nicht im juristischen Sinn. Das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden gilt ebenfalls für die anderen Gruppen des klassischen Konflikts in Kolumbien.

**Angesichts der Eigendynamik kann nicht mehr behauptet werden, die Regierung bevorzugt einseitig die Paramilitärs.**

**VI. These:** Uribe I unterscheidet sich von Uribe II.

Während sich Präsident Uribe in seiner ersten Amtszeit fast ausschließlich auf die militärische Schwächung der Guerilla

konzentrierte und zugleich eine kollektive Entwaffnung der Paramilitärs aushandelte, greift er nun aus einer Position der Stärke zunehmend auf Elemente von Soft Power zurück.

Er hat Anreize geschaffen, um den Ausstieg von Guerilleros mit Regierungsprogrammen zu erleichtern, welche die persönliche Sicherheit garantieren und die Wiedereingliederung fördern sollen. Hohe finanzielle Belohnungen für Verrat, Exil in Frankreich für diejenigen, die mit ihrer Kapitulation auch Geiseln mitbringen, runden die individuellen Anreize ab. Uribe hat der FARC-Führung ein Angebot gemacht, temporär eine Begegnungszone einzurichten, um Friedensoptionen zu sondieren. Er hat die Bereitschaft gezeigt, die FARC nicht mehr als Terroristen zu bezeichnen für den Fall, dass sie in ernsthafte Friedensgespräche eintreten, und hat sich bereit erklärt, zu den Anführern in den Urwald für eine direkte Begegnung zu fahren.

Uribe II zeigt deutlich mehr Kreativität als Uribe I im Versuch, eine – auch politische – Lösung für den klassischen Konflikt zu finden. Dabei hat die harte Hand von Uribe I den Boden für diese neuen Wege bereitet.

**VII. These:** Das Bild Kolumbiens im Ausland ist im Wandel aufgrund der Erfolge der Politik der Demokratischen Sicherheit.

Die beschriebenen Tatsachen haben in den vergangenen Jahren international ihren Eindruck hinterlassen. Kolumbien wird nicht mehr nur als Land im Konflikt wahrgenommen (oder sogar als *failed state*), sondern auch als Land in der Aufarbeitung und Überwindung eines Konflikts (mit Blick auf den *klassischen Konflikt*). Daher unterstützen internationale Regierungen wie die deutsche unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die Anstrengung des kolumbianischen Staats, seine Leistungen zu verbessern im Ringen um ein Ende des *klassischen Konflikts* und um zu verhindern, dass sich die neuen Konflikte ausweiten. Mehr und mehr europäische Politiker und Aktivisten der Zivilgesellschaft haben verstanden, dass es keinen Sinn macht, die staatlichen Institutionen zu verteufeln, da nämlich nur sie diejenigen sein können, welche die öffentliche Ordnung garantieren, was auch die Einhaltung der Menschenrechte einschließt und den Respekt aller gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Opfer des Konflikts.

Der Fall Kolumbien lässt sich nicht mit Peru vergleichen, wo der Staat unter Präsident Alberto Fujimori gegen den Leuchtenden Pfad mit den gleichen terroristischen Mitteln wie die Guerilla-Gruppe gekämpft hatte. Die Demokratische Sicherheit Kolumbiens hat dies nicht zum Ziel. In der Tat gibt es weiterhin Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Angehörigen staatlicher Institutionen, aber weniger als früher, und diese stellen keine Strategie der Regierung da. Diese Menschenrechtsverletzungen lösen in Kolumbien Skandale in der öffentlichen Meinung aus und werden mit administrativen und juristischen Untersuchungen verfolgt.

**Es gibt weiterhin Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Angehörigen staatlicher Institutionen, aber weniger als früher, und diese stellen keine Strategie der Regierung da.**

Die kolumbianische Regierung hat gezeigt, dass sie zu drastischen Maßnahmen bereit ist, um eine Erosion der Politik der Demokratischen Sicherheit zu verhindern. Dies wurde klar im Fall der Entlassung von 27 zum Teil hochrangigen militärischen Führungskräften im Oktober 2008, weil vermutlich unter ihrer Verantwortung Zivilisten als FARC-Kämpfer deklariert und getötet wurden, um Kopfgelder von der Regierung zu kassieren. Auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Mario Montoya, nahm daraufhin seinen Hut. Andererseits trägt die Regierung Uribe in den vergangenen Jahren eine große Verantwortung dafür, dass Morde an Zivilisten durch Militärangehörige überhaupt solche Formen angenommen haben und nicht rechtzeitig eingedämmt wurden, zum Beispiel durch die Abschaffung von Belohnungen für die Ablieferung gefallener tatsächlicher oder angeblicher Feinde. Diese rigurosen Konsequenzen waren überfällig und notwendig, um die internationale Anerkennung anderer Fortschritte im Bereich der Menschenrechte und der öffentlichen Sicherheit nicht zu gefährden.

**VIII. These:** Kolumbien befindet sich in einer paradoxen Situation: Gerade in dem Moment, in dem der Kampf gegen die FARC die größten Erfolge zeigt und damit die Sicherheit im eigenen Land als sichtbarste Leistung der Regierung Uribe bestätigt, gerät Kolumbien in Konflikt mit seinen Nachbarn. Das sagt viel über den internen Zustand in den Nachbarländern aus.

Seit dem Amtsantritt von Álvaro Uribe 2002 sind die FARC nicht nur militärisch geschwächt, sondern befinden sich auch in einem Prozess der inneren Erosion. Der Kampf gegen die

FARC ist so erfolgreich, dass sich viele ihrer Führer nur noch jenseits der Staatsgrenzen sicher fühlen können. Der Charakter des Camps in Ekuador, in dem der zweithöchste Führer der FARC, alias Raúl Reyes, und 23 weitere FARC-Kämpfer starben, hatte eine feste Infrastruktur und war kein Durchgangslager. Die Dokumente in Reyes' Laptops beweisen, dass Chávez' öffentliche Sympathie-Bekundungen für die FARC nicht nur leere Worte sind.

Nach den bisherigen Erkenntnissen aus den Computern, so argumentiert die kolumbianische Seite, verstößen Venezuela und Ekuador gegen die UN-Resolution 1373 von 2001. Darin werden alle Staaten verpflichtet, terroristische Aktivitäten jeglicher Art und ihre bloße Unterstützung auf ihrem Territorium als Verbrechen zu ahnden. Darunter fallen die finanzielle Unterstützung von Terroristen, die Gewährung von Zuflucht und das Teilen von Informationen mit ihnen.<sup>1</sup>

Nach der Freilassung der ersten beiden Geiseln am 10. Januar 2008 hatte Präsident Chávez einen Vorschlag der FARC aufgegriffen, von der internationalen Gemeinschaft die politische Anerkennung der Guerilla als Kriegspartei zu fordern und sie von der internationalen Liste der Terroristen zu streichen (diese Forderung hatte sich damals jedoch als Bumerang erwiesen; bis auf Nikaragua hatte sich kein Land dieser Forderung angeschlossen). In einer überraschenden Geste machte Präsident Chávez im April des gleichen Jahres eine 180-Grad-Wende und versuchte die FARC davon öffentlich zu überzeugen, die Waffen niederzulegen und stattdessen einen

politischen Kampf zu führen. Allerdings geht nach Erkenntnissen der kolumbianischen Geheimdienste die logistisch-militärische Unterstützung Venezuelas für die FARC ungeachtet dessen weiter.

**Nach Erkenntnissen der kolumbianischen Geheimdienste geht die logistisch-militärische Unterstützung Venezuelas für die FARC ungeachtet dessen weiter.**

Ob es sich um eine offene Unterstützung handelt oder nicht, ob die Worte diplomatischer geworden sind oder nicht, eines ist klar: Es handelt sich nicht nur um einen Konflikt zwischen „Bruderstaaten“, mit denen Kolumbien bis 1830 Gran Colombia gebildet hatte, sondern um einen asymmetrischen Kon-

<sup>1</sup> | Mehr Details zu diesem Thema sind zu finden in: Wieland, Carsten: „Escalada y fraternización espontánea en los Andes: La región entre el dilema de la lucha contra el terrorismo y las confrontaciones caudillistas“, in: *Papel Político* 13-2008.

flikt, in dem ein Staat einen substaatlichen Akteur benutzt, um die Regierung eines anderen Staats zu schädigen. Diese Konstellationen existieren auch in anderen Teilen der Welt wie im Nahen Osten, wo der Iran die Hisbollah nutzt in einer Konfrontation mit Israel. Es war Chávez selbst, der im März 2008 nach der kolumbianischen Militäroperation gegen Raúl Reyes den Vergleich mit dem Nahen Osten bemühte, indem er sagte, Kolumbien sei wie Israel, das den eigenen Konflikt jenseits seiner Grenzen trägt. Dagegen müsste man Venezuela jedoch mit Iran vergleichen, das einen substaatlichen Akteur nutzt, um eine demokratisch gewählte Regierung zu konfrontieren.

Auch wenn Vergleiche ungenau bleiben: Die Anden-Region ist wie der Nahen Osten zu einer Zone geworden, in dem asymmetrische Konflikte mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren internationale Grenzen überschreiten und in der terroristischen Praktiken durch zwischenstaatliche Feindschaften florieren. Das ist eine harte Wahrheit für Kolumbiens Präsident Uribe in seinem Kampf gegen illegale Gruppen im eigenen Land. Ebenso schmerzlich ist die Erkenntnis für westliche Staaten, da auf diese Weise die Bekämpfung von Drogenanbau und Drogenhandel erst recht zur Sisyphos-Arbeit wird.

**IX. These:** In der Region fehlen Mechanismen zur Konfliktprävention und zur Konfliktlösung, und dies hat auch Auswirkungen auf den kolumbianischen Konflikt.

Zwar haben die lateinamerikanischen Staaten der Rio-Gruppe während des Krisengipfels am 7. März 2008 nach der Militäraktion gegen Raúl Reyes ihre spontane Fähigkeit zur Konfliktlösung eindrucksvoll bewiesen. Die Andenregion besitzt jedoch keine wirksamen Institutionen, über die langfristig und kontinuierlich kommuniziert wird und die als Konfliktlösungsmechanismen dienen könnten.

Spannung und Entspannung sind von oft emotional handelnden Caudillos abhängig. Nicht einmal die Außenminister und die diplomatische Zunft spielen eine nennenswerte Rolle, sondern fast ausschließlich die Staatschefs. Die Region ist geprägt von einem tiefen Misstrauen der Regierungen untereinander, teils durch ideologische Polarisierung, teils durch persönliche Aversionen.

**Die Region ist geprägt von einem tiefen Misstrauen der Regierungen untereinander, teils durch ideologische Polarisierung, teils durch persönliche Aversionen.**

Eine ökonomische Konfrontation (die in Teilen bereits besteht) oder eine militärische Auseinandersetzung vermindern die Fähigkeit des kolumbianischen Staats, die öffentliche Ordnung im Inneren erfolgreich herzustellen und aufrechtzuerhalten. Zudem besteht die Gefahr eines Rückschlags in der sozialen Frage, welche stets Auswirkungen auf die Intensität des Binnenkonflikts gehabt hat.

**X. These:** Lateinamerika ist gespalten nicht in erster Linie zwischen linken und rechten Regierungen, sondern zwischen demokratischen linker und rechter Couleur einerseits (darunter Kolumbien, Brasilien, Chile, Mexiko) und populistischen Regimen andererseits (wie Venezuela, Bolivien, Ecuador, Nikaragua), die nicht davor zurückschrecken, nichtstaatliche Gewaltakteure als verlängerten Arm ihrer eigenen Interessen zu benutzen, oder offen mit solchen Gruppen sympathisieren.

In den öffentlichen Äußerungen sind Sympathie-Bekundungen für die FARC von Seiten Venezuelas zurückgegangen, besonders nachdem die Beweise aus den Computern von Raúl Reyes bekannt wurden. Zudem ist es nach der tief greifenden Schwächung der Guerilla nun plausibler geworden, eine Politik ohne die FARC zu betreiben oder sogar gegen sie. Denn die Gruppe ist für internationale Akteure zunehmend uninteressant geworden.

Das sind die Konfliktzenarien, in denen sich Kolumbien heute befindet. Inmitten dieser Faktoren ist der Konflikt im Wandel, wie oben erwähnt, von einem klassischen Konflikt mit drei Akteuren zu einem neuen Konflikt mit einer „normaleren“ Konstellation mit zwei Akteuren. Es wäre zutreffender, von neuen Konflikten im Plural zu sprechen. Denn es ist eine Vielzahl von Gruppen, welche im Konflikt mit der öffentlichen Ordnung und den staatlichen Institutionen steht. Das Szenario ist chaotischer geworden.

Das Land im Allgemeinen und in den urbanen Zonen im Besonderen durchlebt eine Phase der Stabilität, wie es seit Jahrzehnten nicht der Fall war. Die Mordrate im Land ist laut Zahlen des kolumbianischen Verteidigungsministeriums von 28 837 im Jahr 2002 auf 12 234 im Jahr 2008 (bis September) zurückgegangen. Auch politische Morde sind drastisch gesunken, wenn auch im Vergleich zwischen 2007 und 2008 wieder leicht gestiegen, jedoch auf einem relativ geringen Niveau. So genannte kollektive Morde (mehr als vier Perso-

nen) durch illegale Gruppen sind von 680 (2002) auf 99 (2008 bis September) gesunken, Entführungen im gleichen Zeitraum von 2882 auf 353, terroristische Anschläge von 1645 auf 265. Auf der anderen Seite sind neue Konflikte und neue Formen von Gewalt auf lokaler und regionaler Ebene entstanden.

Daher gibt es zwei Perspektiven, aus denen die Entwicklung des Landes beschrieben werden kann: aus der Sicht auf die Zeitachse und aus der auf die nationale Ebene. Diese muss zu eindeutig positiven Schlüssen kommen mit Blick sowohl auf Äußerungen der großen Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung (subjektive Schlussfolgerung) als auch auf Statistiken über die Höhe von Verbrechensraten, Entführungen, Erpressungen, Korruption, etc. (objektive Schlussfolgerung). Wenn man zudem mit einzelnen Personen in den Regionen spricht, lassen sich auch besorgniserregende Töne vernehmen über die so genannten neu aufkommenden Banden, über alte Protagonisten in neuen oder bekannten Strukturen, über deren Aktivitäten im Drogenhandel, etc. Die Stärke dieser Gruppen ist schwer zu schätzen, wird jedoch angegeben zwischen 3000 und 9000 Kämpfern. Unter ihnen befinden sich unter anderem Banden wie Las Águilas Negras, La Oficina de Envigado und Los Rastrojos. Der Teil der Bevölkerung, der am meisten unter ihnen zu leiden hat, ist, wie es immer gewesen ist, die ländliche Bevölkerung und in einigen Bereichen die *indígenas*.

**Wenn man mit einzelnen Personen in den Regionen spricht, lassen sich auch besorgniserregende Töne vernehmen über die so genannten neu aufkommenden Banden, über alte Protagonisten in neuen oder bekannten Strukturen.**

Die kriminellen Banden, egal welcher Couleur – seien es traditionelle Drogenhändler oder Gruppen der Guerrilla oder Paramilitärs, die dieses Geschäft verfolgen –, haben als Ziel, die Handelsrouten für den Drogentransport zu sichern. Diese Gruppen zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch lokale Gewalt ihre rein wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Das bedeutet nicht, dass die Gewalt in einigen Regionen zwangsläufig abnimmt, sondern dass es sich um eine andere Form der Gewalt handelt. Das schließt auch nicht die Absicht einiger Gruppen aus, auf lokale und regionale Politik Einfluss zu nehmen. Aber der Unterschied zur Vergangenheit ist, dass dieses Bestreben nicht an ein nationales politisch-ideologisches Projekt gekoppelt ist, sondern an den Versuch, günstigere Rahmenbedingungen für den Rauschgift-Handel und anderen illegalen Kommerz herzustellen.

Ein aufkommendes interessantes Thema ist die Verbindung zwischen illegalen und legalen Geschäften. Ein Beispiel ist der Anbau von Palmen zur Produktion von Öl als Biotreibstoff. Die Massenproduktion von Palmöl zu diesem Zweck bietet erstmals die Möglichkeit, dass eine legale Pflanze mit ihrem wirtschaftlichen Potenzial eine ernsthafte Konkurrenz zum Koka-Anbau darstellt nach einer Vielzahl von gescheiterten Substitutionsversuchen nationaler und internationaler Art in den vergangenen Jahren.

Aber abgesehen von ökologischen Bedenken über Monokulturen solch großen Stils im Allgemeinen bieten sich andere Schwierigkeiten. In Kolumbien vermischen sich legale und illegale Aktivitäten, da die Verteilung von Ressourcen gleich geblieben ist. Eine Pflanze, die ein fast revolutionäres Potenzial für ländliche Beschäftigung, für Wirtschaftswachstum mit einem ökologischen Exportprodukt und zur Reduzierung des Koka-Anbaus bietet, bringt unter diesen Bedingungen große Gefahren mit sich. Die Eigentumsstruktur und die Landverteilung sowie die Macht in den Regionen haben sich nicht verändert und ähneln den Bedingungen aus der Zeit des klassischen Konflikts. Die Palmplantagen sind tendenziell in Händen weniger Personen, die auch verhindern, dass Binnenflüchtlinge auf ihre Scholle zurückkehren. Die Palmölanbauer benötigen das Land ebenso dringend für das schnelle Geld wie für den Drogenanbau, und mitunter handelt es sich um die gleichen Personen. Die Herausforderung besteht darin, den Palmölanbau an strenge Auflagen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu koppeln, um ihre erwähnten Potenziale wirklich nutzbar machen zu können.

Dieses Beispiel zeigt, dass einige Phänomene bestehen bleiben, die zu beiden Konfliktszenarien in Kolumbien gehören – zum klassischen wie zum neuen Konflikt. Die

**Die Zwangsvertreibung von Bevölkerungsteilen, die Dringlichkeit einer Landreform und die Bekämpfung weit gehender Straffreiheit bei Verbrechen durch eine überforderte Polizei und Justiz zählen zu den wichtigsten Problemen.**

Zwangsvertreibung von Bevölkerungsteilen, die Dringlichkeit einer Landreform und die Bekämpfung weit gehender Straffreiheit bei Verbrechen durch eine überforderte Polizei und Justiz zählen zu den wichtigsten Problemen, die ihre Aktualität im Wandel der Qualität des Konflikts in Kolumbien nicht verloren haben. Die Konflikte der neuen Konstellationen bringen ebenfalls neue Opfer hervor, daher bleibt das Thema einer professionellen und effektiven Entschädigung auf dem Tisch abseits der moralischen Herausforderung einer Versöhnung.

Als Schlussfolgerung bleibt festzustellen, dass sich die kolumbianische Regierung mit zwei großen Herausforderungen gleichzeitig konfrontiert sieht.

Erstens muss sie die Maßnahmen des Postkonflikts des klassischen Konflikts zu einem erfolgreichen Ziel bringen und versuchen, die kolateralen Defizite wie die Wiederbewaffnung einiger klassischer Paramilitärs so gering wie möglich zu halten. Was die Guerilla betrifft, weiß auch die Regierung Uribe, dass am Ende der klassische Konflikt nicht ausschließlich militärisch gewonnen werden kann. Der letzte Guerillero im Urwald wird nicht durch Waffen besiegt werden können, aber er kann seine Mission verlieren, seine Überzeugung und seine Bedeutung. Die optimistische Sichtweise ist (und es gibt selbstverständlich auch andere), dass die FARC ähnlich wie die Kämpfer des Leuchtenden Pfads in Peru mit einigen wenigen hundert Mitgliedern ihre Bedeutung für die Sicherheitslage und die politische Entwicklung des Landes verlieren. Obwohl die Akteure keine politischen Akteure mehr sind, ist es also notwendig, eine politische Lösung zu finden, da der klassische Konflikt einen soziopolitischen Hintergrund hat.

Ein weiteres Erbe des klassischen Konflikts sind Landminen. Weltweit wenig bekannt ist, dass Kolumbien das viert-betroffene Land der Erde ist nach Kambodscha, Afghanistan und Angola, und das einzige Land in Lateinamerika, wo illegale Gruppen noch Minen verwenden. Nach Zahlen der Stiftung Seguridad y Democracia wurden in den vergangenen zehn Jahren 2185 Vorfälle registriert mit 4051 Opfern, davon 1549 Zivilisten (38 Prozent) und 2505 Militärangehörige (62 Prozent). Nach Angaben des Observatorio de Minas Antipersonales besteht Verdacht auf Minen in mehr als der Hälfte der 1100 Landkreisen in 30 der 32 Departamentos des Landes.

Schließlich bleibt, wie erwähnt, das Thema der Opfer des klassischen Konflikts mit symbolischen wie materiellen Entschädigungen (finanziell oder Landrückübertragung) ein brennendes Problem des Postkonflikt-Szenarios.

Der zweite Komplex von Herausforderungen ist, die Schwierigkeiten anzugehen, die sich durch die neuen Konfliktzonen ergeben. Dazu zählt auch die Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Verbindungen zwischen Teilen der politischen

**Die Stärkung der staatlichen Institutionen, der Sicherheit, des Rechtsstaats sowie die Sensibilisierung gegen Korruption ist auf einem sehr guten Weg und muss fortgesetzt werden.**

Klasse und der Ideologie und Struktur der klassischen Paramilitärs müssen gekappt und mit der gleichen Dynamik offengelegt werden wie in den Jahren 2007 und 2008, um

zu verhindern, dass dieses Problem zu einem neuen Konfliktzenario wird. Die Stärkung der staatlichen Institutionen, der Sicherheit, des Rechtsstaats sowie die Sensibilisierung gegen Korruption ist auf einem sehr guten Weg und muss fortgesetzt werden. Herausforderungen stellen die paramilitärische Wiederbewaffnung<sup>2</sup>

illegaler Gruppen dar, der Drogenhandel dezentraler Banden nach den Erfolgen von Festnahmen einiger berüchtigter Köpfe in den vergangenen Monaten und Jahren, die Binnenvertreibung durch illegale Gruppen, und das Problem, die gemeinsame Kriminalität auf dem jetzigen Niveau zu halten als eines der niedrigsten in Lateinamerika.

Kolumbien bleibt ein Land, in dem es viele komplexe und dringende Probleme gleichzeitig zu lösen gilt. Aber im Kontrast zu den Jahren und Jahrzehnten zuvor existieren die Bedingungen, um viele der Probleme zu überwinden. Der Optimismus in der Bevölkerung ist groß und der Wandel der Wahrnehmung Kolumbiens im Ausland ist durch die beeindruckenden Erfolge gerechtfertigt. Freilich wartet ein Berg an Problemen darauf, gelöst zu werden, aber einige dieser Probleme sind die Folge der Aufarbeitung des klassischen Konflikts, was anerkannt werden muss. Andere Probleme wird das Land wohl nie zufriedenstellend alleine lösen können wie der Drogenanbau und -handel und die damit zusammenhängenden Delikte, bis es nicht einen radikalen Wandel in der Zusammenarbeit mit den Konsumstaaten von Drogen gibt.

In dieser Etappe hat es das Land geschafft, angesehen zu werden als ein Staat in Aufarbeitung eines komplexen Konflikts der Vergangenheit und im Eintritt in eine Phase von Konflikten, die weltweit vergleichbarer sind. Es ist viel zu früh, von einem normalen Staat im normativen Sinne zu sprechen. Aber noch vor nur sechs Jahren gab es wenige, die es für möglich gehalten hatten, dass sich Kolumbien so sicht-

2 | In diesem Sinn – mit Blick auf einen weltweit vergleichbareren Konflikt – wird der Begriff Paramilitär im eigentlichen akademischen und kontextunabhängigen Sinn verwendet ohne Bezug auf die klassischen Paramilitärs Kolumbiens (AUC), die in dieser Konstellation aufgehört haben zu existieren.

bar verändern würde. Bleibt zu hoffen, dass diese Hoffnung nicht nur ein Intermezzo von neuen Möglichkeiten und von Vertrauen ist und dass das Land diesen schwierigen Weg weiter forschreitet mit der internationalen Unterstützung, die es verdient.